

Innenpolitik

*(8)

2. Plenartagung des XIV. Zentralkomitees der KPCh: Angestrebte wirtschaftliche Zuwachsrate hinaufgesetzt

Das XIV. Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) trat vom 5. bis 7. März 1993 zu seiner 2. Plenartagung zusammen. An der Tagung nahmen 184 von 188 ZK-Mitgliedern und 125 von 130 ZK-Kandidaten teil. Außerdem waren 49 "verantwortliche Genossen" als nicht stimmberechtigte Teilnehmer der Tagung anwesend. Den Vorsitz über die Plenartagung führte das Politbüro. Dem Kommuniqué der Tagung zufolge beschäftigte sich das ZK mit vier Tagesordnungspunkten:

- 1) Rede von ZK-Generalsekretär Jiang Zemin
- 2) Beratung und Verabschiedung des "Vorschlags zur Abänderung gewisser Ziele des 8. Fünfjahrplans"
- 3) Beratung und Verabschiedung des "Plans für die Reform der Partei- und Staatsorgane"
- 4) Beratung und Verabschiedung der vom Politbüro aufgestellten Kandidatenlisten für die Wahlen der Führer der zentralen Staatsorgane auf der 1. Tagung des VIII. Nationalen Volkskongresses (NVK) und der Führungspersönlichkeiten der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes (PKCV)

Die oben genannten Dokumente wurden weder im Wortlaut veröffentlicht, noch wurden sie inhaltlich näher erläutert. (Kommuniqué der Plenartagung in RMRB, 8.3.93)

Bei dem "Vorschlag zur Abänderung gewisser Ziele des 8. Fünfjahrplans" dürfte es sich im wesentlichen um die Hinaufsetzung der offiziell angestrebten jährlichen Zuwachsrate der Volkswirtschaft auf 8-9% handeln. Unter dem Einfluß konservativ-orthodoxer Sanierer hatte der VII. NVK auf seiner 4. Tagung im März/April 1991 eine angestrebte jährliche Zuwachsrate der Volkswirtschaft in den Jahren von 1991 bis 1995 in Höhe von durch-

schnittlich 6% beschlossen. Nach der historischen Reformoffensive von Deng Xiaoping Anfang 1992 war Ministerpräsident Li Peng als einer der Hauptverantwortlichen für die Sanierungspolitik von 1988 bis 1991 auf der 5. Tagung des VII. NVK (März/April 1992) heftig wegen seiner wirtschaftspolitischen Vorstellungen kritisiert worden. In seinem Regierungsbericht auf der 1. Tagung des VIII. NVK am 15. März 1993 gab Li Peng nun bekannt, daß die angestrebte durchschnittliche jährliche Zuwachsrate der Volkswirtschaft während des 8. Fünfjahrplans (1991-95) auf zwischen 8% und 9% hinausgesetzt worden sei (RMRB, 2.4.93). -sch-

*(9)

Neuer Direktor des ZK-Hauptbüros

Ende März ernannte die KPCh-Zentrale Zeng Qinghong (54) zum neuen Direktor des ZK-Hauptbüros (zhongyang bangongting) und zum Sekretär der Kommission für die Arbeit der ZK-Organen (zhongyang zhishu jiguan gongzuo weiyuanhui). Zeng löst Wen Jiabao in diesen Positionen ab, der Kandidat des Politbüros und Sekretär im ZK-Sekretariat ist. (RMRB, 26.3.93)

Bei Zeng scheint es sich um einen Vertrauten von ZK-Generalsekretär Jiang Zemin zu handeln: Fast gleichzeitig mit Jiang wurde er im Sommer 1985 nach Shanghai versetzt, wo er bis Mitte 1989 stellvertretender Parteisekretär und Direktor der Organisationsabteilung war. Zusammen mit Jiang Zemin ging er unmittelbar nach der Niederschlagung der Protestbewegung in die Parteizentrale nach Beijing, und zwar als stellvertretender Leiter des ZK-Hauptbüros.

Neben dem ZK-Sekretariat, das Jiang Zemin als ZK-Generalsekretär leitet, sind das ZK-Hauptbüro und die Kommission für die Arbeit der ZK-Organen für die Koordinierung der Arbeit der verschiedenen Abteilungen der KPCh-Zentrale zuständig. Mit der Ernennung seines Vertrauten Zeng Qinghong zum Leiter der beiden letztgenannten Organe hat Jiang Zemin zwei strategisch wichtige Positionen in seinem Sinne besetzen können. Wen Jiabao gilt hingegen als Vertrauter der gestürzten Parteiführer Hu Yaobang und Zhao Ziyang. Über neue Positionen für Wen Jiabao wurde nichts bekannt. -sch-

*(10)

Neue Direktorin der ZK-Abteilung für internationale Verbindungen

Zur neuen Direktorin der ZK-Abteilung für internationale Verbindungen (zhongyang duiwai lianluo bu) wurde Ende März 1993 Frau Li Shuzheng (64) ernannt. Sie löst den 69jährigen Zhu Liang ab, der offenbar aus Altersgründen ausschied. (RMRB, 26.3.93)

Frau Li ist ZK-Kandidat und bereits seit 1973 in der ZK-Abteilung für internationale Verbindungen tätig (ab Juli 1981 als stellvertretende Direktorin). Mit dem Niedergang der kommunistischen Bewegung, der Abkehr der KPCh vom Revolutionsexport und mit dem Zusammenbruch der kommunistischen Regime in Osteuropa hat die ZK-Abteilung für internationale Verbindungen in den vergangenen Jahren immer mehr an politischer Bedeutung verloren. -sch-

*(11)

ZK-Parteischule ändert Ausbildungsschwerpunkt: Marktwirtschaft statt Marxismus-Leninismus

Der Hauptlehrinhalt der ZK-Parteischule wird künftig der "sozialistischen Marktwirtschaft" gewidmet sein, darunter Einzelthemen wie Finanzpolitik, Eigentumsfragen, Aktiengesellschaften und Wertpapiere. Dies gab der stellvertretende Leiter der ZK-Parteischule Su Xing bekannt. Wenn man die Marktwirtschaft entwickeln wolle, müsse man begreifen, nach welchen Regeln wirtschaftliche Prozesse ablaufen, erklärte der Ökonom. Viele Kader wußten nicht genau, was Marktwirtschaft eigentlich bedeute. Deshalb werde die ZK-Parteischule ein entsprechendes Lehrprogramm entwickeln. (XNA, 23.3.93; SCMP, 23.3.93)

Der Präsident der ZK-Parteischule Qiao Shi hatte bereits bei der Eröffnung des Frühlingsemesters bekanntgegeben, daß man sich in der Ausbildung auf die "Theorie" Deng Xiaopings "über den Aufbau des Sozialismus chinesischer Prägung" konzentrieren werde (Xinhua, 23.2.93, in SWB, 27.2.93)

Dengs "Theorie" ist urpragmatisch und stellt die wirtschaftliche Entwicklung in den Mittelpunkt:

- Nur durch wirtschaftliche Entwicklung und damit einhergehende Erhöhung des Lebensstandards kann die Alleinherrschaft der Kommunistischen Partei legitimiert und stabilisiert und China zu einer modernen Weltmacht aufgebaut werden. Deshalb muß die Partei alle ihre Aktivitäten auf das zentrale Ziel der wirtschaftlichen Entwicklung konzentrieren.
- Wirtschaftliche Entwicklung ist - Deng Xiaoping zufolge - jedoch nur möglich durch marktwirtschaftliche Reformen und außenwirtschaftliche Öffnung. Deshalb ist das Ziel der Wirtschaftsreformen die Etablierung einer noch "sozialistisch" genannten Marktwirtschaft.
- Die Etablierung einer Marktwirtschaft erfordert nach Deng nun wiederum politische und gesellschaftliche Stabilität. Und um Ruhe und Ordnung zu bewahren und um Chaos zu vermeiden, muß an der Alleinherrschaft der Kommunistischen Partei festgehalten werden.

Mit der angekündigten Abänderung ihres Ausbildungsschwerpunktes hat die ZK-Parteischule unter der Leitung von Qiao Shi eine totale Wandlung ihres ursprünglichen Charakters einer revolutionären Kadenschmiede in eine konservative Eliteschule für Marktwirtschaft eingeleitet. -sch-

*** (12)
Neuer Parteisekretär in Tianjin**

Zum neuen Parteisekretär der Provinz Tianjin ernannte die KPCh-Führung den bisherigen Forstwirtschaftsminister Gao Dezhan (Radio Tianjin, 27.3.93, in SWB, 31.3.93; XNA, 30.3.93). Der 61jährige Gao ist Mitglied des Zentralkomitees der KPCh. Erfahrungen bei der Leitung einer Provinz sammelte Gao Dezhan in Jilin, und zwar von April 1983 bis Juni 1985 als stellvertretender Gouverneur und von Juni 1985 bis Juni 1987 als Gouverneur. Die Position des Parteisekretärs von Tianjin war durch den Tod von Tan Shaowen vakant geworden. -sch-

*** (13)
Wang Zhen verstorben**

Der stellvertretende Staatspräsident Wang Zhen verstarb am 12. März 1993 im Alter von 85 Jahren in Guangzhou

(RMRB, 13.3.93). Wang war einer der letzten überlebenden prominenten Teilnehmer des legendären Langen Marsches und zählte bis zu seinem Tod zu einer kleinen einflußreichen Gruppe von über 80jährigen Revolutionsveteranen, die unter der Führung von Deng Xiaoping nach wie vor die Grundlinien der Politik und die wichtigsten Personalentscheidungen der KPCh bestimmt. Wang Zhen war ein orthodoxer Marxist-Leninist, für den die maoistische Politik eine Linksabweichung und Deng Xiaopings Reformkurs eine Rechtsabweichung vom "korrekten" sozialistischen Kurs darstellten. Mit Wang, der seit längerem an einem Krebsleiden litt, starb einer der prominentesten Reformgegner. Andererseits kommt Wang Zhen das Verdienst zu, entschlossen gegen die ultramaoistische sog. "Viererbande" vorgegangen zu sein und damit zur historischen Wende der KPCh im Dezember 1978 beigetragen zu haben. -sch-

*** (14)
Über 52 Millionen KPCh-Mitglieder**

Die Gesamtzahl der Mitglieder der Kommunistischen Partei Chinas liegt gegenwärtig bei über 52 Mio., während die Zahl der KPCh-Basisorganisationen jetzt fast 3,3 Mio. beträgt. 1992 wurden über 1,76 Mio. KPCh-Mitglieder neu aufgenommen und über 50.000 KPCh-Basiseinheiten neu geschaffen. Über 12,8 Mio. Personen beantragten 1992 die Aufnahme in die Kommunistische Partei. (RMRB, 15.3.93)

Unter den 1,76 Mio. neuen KPCh-Mitgliedern sind 45,9% Arbeiter und Bauern, 16,5% Fachleute und Techniker sowie 3,9% Postgraduierte, Studenten und Mittelschüler. Über die Berufe der restlichen 33,7% der neu aufgenommenen KPCh-Mitglieder machte die ZK-Organisationsabteilung keine Angaben - vermutlich handelt es sich dabei in der Mehrzahl um Funktionäre. 67,4% der neuen KPCh-Mitglieder sind unter 35 Jahre alt, und 67,6% haben ein Bildungsniveau, das zumindest dem Abschluß der Oberstufe der Mittelschule entspricht. (Ebenda) -sch-

*** (15)
Neugewählte Provinzvolkskongresse unter stärkerer Kontrolle der KPCh-Zentrale**

Im März 1993 trat lediglich in der Provinz Liaoning der neugewählte Provinzvolkskongreß zu seiner konstituierenden Tagung zusammen. Dabei wurde Yue Qifeng als Gouverneur bestätigt und der KPCh-Provinzpartei-sekretär Quan Shuren zum Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses des Provinzvolkskongresses gewählt. (Radio Liaoning, 4.3.93, in SWB, 9.3.93)

Damit sind bisher in 20 der insgesamt 30 Verwaltungseinheiten auf Provinzebene (Provinzen, Autonome Gebiete und provinzfremde Städte) die neugewählten Volkskongresse zu ihren konstituierenden Tagungen zusammengetreten. Es fehlen noch die Provinzen Hebei, He'nan, Hubei, Jiangsu, Shaanxi, Shandong und Yunnan, die Autonomen Gebiete Innere Mongolei und Ningxia sowie die provinzfremde Stadt Tianjin.

Bei den Personalentscheidungen der bisher abgehaltenen konstituierenden Tagungen der Provinzvolkskongresse fällt auf, daß in sieben Provinzen der KPCh-Provinzpartei-sekretär gleichzeitig mit dem Amt des Vorsitzenden des Provinzvolkskongresses betraut wurde. Es sind dies

- Chen Guangyi in Fujian,
- Liu Zhengwei in Guizhou,
- Sun Weiben in Heilongjiang,
- Mao Zhiyong in Jiangxi,
- He Zhukang in Jilin,
- Quan Shuren in Liaoning und
- Li Zemin in Zhejiang.

In weiteren sieben Provinzen bzw. Autonomen Gebieten wurde ein stellvertretender KPCh-Provinzpartei-sekretär gleichzeitig mit dem Amt des Vorsitzenden des Provinzvolkskongresses betraut. Es handelt sich um

- Meng Fulin in Anhui,
- Lu Kejian in Gansu,
- Liu Mingzu in Guangxi,
- Du Qinglin in Hainan,
- Lu Gongxun in Shanxi,
- Raidi in Tibet und
- Amudun Niyaz in Xinjiang.

Mit diesen Personalentscheidungen ist die Position des Vorsitzenden des Provinzvolkskongresses in 14 von 20 Pro-

vinzen wieder eng mit der KPCh-Provinzführung verbunden worden. Noch Ende 1992 war dies nur in 2 von 30 (sic!) Provinzeinheiten der Fall gewesen, nämlich in Heilongjiang und Xinjiang. Offenbar möchte die KPCh-Zentrale die Provinzvolkskongresse künftig wieder stärker als bisher kontrollieren, um zu verhindern, daß sie politisch aus dem Ruder laufen. Letzteres war im Januar 1993 in den Provinzen Guizhou und Zhejiang passiert, als die dortigen Volkskongresse Politiker zu Gouverneuren wählten, die von der Parteizentrale nicht für diesen Posten nominiert worden waren (siehe C.a., 1993/2, Ü 4). Schlimmer noch: Die neu gewählten Gouverneure von Guizhou und Zhejiang gehören weder dem Zentralkomitee noch den KPCh-Führungsgremien in diesen beiden Provinzen an und stehen deshalb nicht unter der direkten Kontrolle der KPCh-Zentrale. Normalerweise sind Provinzgouverneure gleichzeitig Mitglied im Zentralkomitee und im Ständigen Ausschuß des KPCh-Komitees ihrer jeweiligen Provinz (in der Regel sogar in der Position eines stellvertretenden Provinzparteisekretärs). -sch-

*(16)

Nationale Konferenz über Familienplanung

Vom 21.-27.März 1993 hielten das ZK der KPCh und der Staatsrat die dritte nationale Konferenz über Familienplanung ab. Anwesend waren mehrere Mitglieder des Ständigen Ausschusses des Politbüros, Minister und Vertreter der Provinzen. Generalsekretär Jiang Zemin und Ministerpräsident Li Peng hielten wichtige Reden (vgl. RMRB, GMRB, 22.3.93; Xinhua, chin., 21.3.93, nach SWB, 23.3.93; XNA, 22.3.93). Beide Politiker betonten, daß die Bevölkerungssituation Chinas nach wie vor ernst sei und daher langfristig an der Familienplanungspolitik festgehalten werden müsse.

Jiang Zemin sagte im einzelnen: China habe im letzten Jahr ein hohes Wirtschaftswachstum zu verzeichnen gehabt; zugleich habe es in seinen Anstrengungen nicht nachgelassen, das Bevölkerungswachstum einzudämmen. Obwohl dieses in den beiden letzten Jahren etwas gesunken sei, würden jedes Jahr immer noch über 20 Millionen Babies geboren, weil die Ausgangslage der Bevölkerung so hoch sei.

Dies bedeute einen Nettozuwachs von 13-15 Millionen pro Jahr. Ein so hoher Zuwachs sei eine große Bürde für ein Entwicklungsland wie China. Die steigende Bevölkerungszahl könne den beginnenden höheren Lebensstandard leicht zunichte machen, und neue soziale Probleme könnten entstehen. Jiang warnte davor, die Zügel locker zu lassen. Die gegenwärtig niedrige Geburtenrate sei noch instabil, die Familienplanungsarbeit im Lande noch sehr unausgeglichen; in einigen Gegenden seien die Geburtenziffern noch zu hoch und ungeplante Geburten recht verbreitet. Er rief alle örtlichen Stellen und Einheiten auf, sich strikt an ihre Bevölkerungspläne zu halten. Familienplanung und Kontrolle des Bevölkerungswachstums seien Teil der Gesamtplanung für den Aufbau des Sozialismus chinesischer Prägung. Zur Entwicklung der Wirtschaft gehöre gleichzeitig die Senkung der Geburtenrate.

Der Generalsekretär erwähnte, daß die nationalen Minderheiten gute Resultate hinsichtlich der Familienplanung erzielt hätten. Es habe sich gezeigt, daß die Einführung der Familienplanung bei den Nationalitäten dazu beigetragen habe, die Menschen von Armut zu befreien und ihre Entwicklung zu fördern. Der Schwerpunkt der Familienplanungsarbeit, so betonte er, müsse auf die ländlichen Gebiete gelegt werden. Er machte aber auch deutlich, daß die Arbeit nur Erfolg haben könne, wenn die Spitzenführer in Partei und Regierung sich bei dieser Arbeit engagieren und Verantwortung dafür übernehmen. (RMRB, GMRB, 22.3.93)

Auch Li Peng machte darauf aufmerksam, daß die Lage insbesondere auf dem Lande noch zu wünschen übrig lasse und man dort die Familienplanungsarbeit stärken müsse. In vielen Dörfern gebe es noch keine Beauftragten für Familienplanungsarbeit. Es komme darauf an, daß gerade auf der untersten Ebene die Arbeit regelmäßig, wissenschaftlich und gesetzeskonform durchgeführt werde. Die Betriebe müßten ihre Familienplanungsarbeit intensivieren, und vor allem unter der Wanderbevölkerung müsse die Kontrolle verbessert werden. Man müsse sich klarmachen, so schloß Li Peng, daß Bevölkerung, Wirtschaft, Gesellschaft, Ressourcen und Umwelt eine Einheit bildeten. Gerade angesichts

des beschleunigten Tempos von Reform, Öffnung und wirtschaftlichem Aufbau dürfe man in den Anstrengungen bei der Familienplanungsarbeit nicht nachlassen. (Ebd.)

Auch auf der Abschlusssitzung am 27.März wurde an die Teilnehmer appelliert, für die Erfüllung der Bevölkerungsplanung im Jahre 1993 zu sorgen. Insgesamt wurde die Familienplanungsarbeit des Vorjahres für gut befunden. Die nationale Geburtenrate sei 1992 um 0,144 Prozent gegenüber 1991 gesunken. Vor allem sei die Zahl der Ehepaare, die mehr Kinder als erlaubt hätten, stark zurückgegangen. Während im Jahre 1987 noch 4,46 Millionen Babies zusätzlich zu den im Bevölkerungsplan vorgesehenen geboren worden seien, habe die Zahl der außerplanmäßigen Babies im Jahre 1992 nur noch 2,022 Millionen betragen. Dennoch dürfe es keine Lockerung geben, denn obwohl die Geburtenrate gegenwärtig relativ niedrig sei, sei sie keineswegs stabil, und der Nettozuwachs der Bevölkerung sei aufgrund der hohen Bevölkerungszahl immer noch sehr hoch, nicht zuletzt auch deshalb, weil die Sterberate sich auf 0,6 bis 0,7 Prozent eingependelt habe.

Von seiten der Staatlichen Kommission für Familienplanung wurde folgender Grundsatz für die Verbesserung der Familienplanung im Jahre 1993 formuliert: "Zwei Arten von Wachstum" soll Bedeutung beigemessen werden: Während das Wirtschaftswachstum gefördert werden soll, muß das Bevölkerungswachstum eingeschränkt werden. "Drei Dinge" sollen bei der Familienplanungsarbeit beachtet werden: Propagierung und Erziehung, Verhütung und regelmäßige Arbeit. Das Ziel soll sein, ein neues System der Familienplanungsarbeit mit chinesischen Kennzeichen aufzubauen, das mit der Reform- und Öffnungspolitik sowie der sozialistischen Marktwirtschaft übereinstimmt. (Xinhua, chin., 27.3.93, nach SWB, 31.3.93)

Kurz vor der Konferenz hatte das Staatliche Statistische Amt die Grunddaten der Bevölkerungsentwicklung für die 30 Provinzeinheiten bekanntgegeben (vgl. RMRB, 13.3.93). Danach lag die Zahl der Gesamtbevölkerung Chinas (ohne Taiwan, Hongkong und Macao) Ende 1992 bei 1,17 Milliarden; die natürliche Zuwachsrate betrug national 11,6 Promille. In 16 Provinzen und

autonomen Gebieten lag die natürliche Zuwachsrates immer noch über dem nationalen Durchschnitt, und zwar in Shanxi (12,65), Anhui (12,62), Fujian (12,16), Jiangxi (12,46), Hubei (12,17), Guangdong (13,14), Guangxi (12,91), Hainan (15,24), Guizhou (13,88), Yunnan (13,00), Tibet (15,54), Shaanxi (12,28), Gansu (12,73), Qinghai (14,40), Ningxia (14,75) und Xinjiang (14,96). Die niedrigste natürliche Zuwachsrates hatte mit 0,54 Promille Shanghai. Auffallend ist, daß neben armen Provinzen und Gebieten mit nationalen Minderheiten insbesondere die südchinesischen Provinzen mit hohem Wirtschaftswachstum ein hohes Bevölkerungswachstum aufweisen. -st-

Kultur

*(17)

Konferenz über Volkserziehung

Vom 1.-4.März 1993 fand in China eine staatliche Konferenz statt, die dem Thema Volkserziehung (*quanmin jiaoyu*) gewidmet war. Die Konferenz war in Zusammenarbeit mit der UNESCO im Rahmen von deren Programm "education for all" (efa) organisiert worden und befaßte sich speziell mit den Erfahrungen Chinas bei der Entwicklung der Elementarbildung und dem Kampf gegen das Analphabetentum sowie der internationalen Zusammenarbeit auf diesem Gebiet. Sie diente auch der Vorbereitung des Internationalen Kongresses für Volkserziehung, der im September in China stattfinden soll. Zahlreiche ausländische Gäste, darunter auch Vertreter der UNESCO und des UN Children's Fund, waren anwesend. (RMRB, GMRB, XNA, 2.3.93)

Ministerpräsident Li Peng eröffnete die Konferenz. In seiner Begrüßungsrede (Wortlaut siehe ebd.) betonte er, daß die Entwicklung des Bildungswesens eng mit dem grundlegenden Plan eines Staates zusammenhänge, "reich und stark" zu werden. Die Elementarbildung sei der Grundstein für das gesamte Erziehungswesen. Er wies darauf hin, daß China erst kürzlich auf seinem XIV. Parteitag dem Erziehungswesen erneut eine strategische Position von vorrangiger Bedeutung beigegeben habe, und führte aus, daß

China in den vergangenen vierzig Jahren, insbesondere in den vierzehn Jahren seit Beginn der Reform- und Öffnungspolitik, auf allen Gebieten des Erziehungswesens große Erfolge erlangt habe. China sei sich bewußt, daß es in bezug auf das Ziel, die Volkserziehung in der Welt voranzubringen, als bevölkerungsreichstes Land eine große Verantwortung trage. Die neunziger Jahre seien nicht nur für die Erreichung des strategischen Ziels der sozioökonomischen Entwicklung eine Schlüsselperiode, sondern auch für die Einführung der neunjährigen Schulpflicht und die Ausrottung des Analphabetentums eine entscheidende Phase. Der Schwerpunkt dieser Arbeit müsse auf dem Lande liegen, wo 80 Prozent der Bevölkerung Chinas lebe.

Erziehungsminister Li Tieying gab in seiner Rede einen Rückblick auf die Leistungen Chinas in bezug auf den Ausbau des Erziehungswesens seit 1949. China verfüge über ein vielschichtiges, vielseitiges und in bezug auf Studienfächer im wesentlichen komplettes Bildungssystem, das das größte in der Welt sei. Derzeit gebe es in China über 200 Millionen Schüler, über 10 Millionen Lehrer und mehr als eine Million Schulen. Für den notwendigen weiteren Ausbau des Erziehungswesens nannte er acht Grundsätze, die unbedingt einzuhalten seien (vgl. GMRB, 2.3.93; RMRB, 5.3.93):

1. Bildung ist die Grundlage der Modernisierung, man muß ihr weiterhin eine strategische Position für vorrangige Entwicklung zuweisen.
2. Man muß die Richtung für den Schulbetrieb gut im Griff haben und alle Arten von Fachleuten heranziehen, die moralisch, wissenschaftlich und körperlich gebildet sind.
3. Die Erziehung muß der Modernisierung des Staates dienen, sich mit produktiver Arbeit verbinden, dem wirtschaftlichen Aufbau als zentraler Aufgabe dienen und den Fortschritt der Gesellschaft fördern.
4. Man muß an der Reform und Öffnung des Erziehungswesens festhalten, mutig alle zivilisatorischen Errungenschaften der menschlichen Gesellschaft absorbieren und als Beispiel nehmen, kühn Neues schaffen und experimentieren, um das Erziehungssystem weiterzuentwickeln und zu verbessern.
5. Man muß die Erziehungsrichtung des Staates vollständig durchführen, die Bildungsgesetze einhalten

sowie die Qualität der Bildung und die Effizienz des Schulwesens erhöhen.

6. Man muß sich auf die Lehrerschaft stützen, deren Qualität erhöhen und sich um die Verbesserung ihrer Arbeits-, Studien- und Lebensbedingungen bemühen.
7. Man muß das Engagement der Regierungen aller Ebenen, der Gesellschaft und der Volksmassen beim Betreiben von Schulen fördern; die finanziellen Mittel für das Schulwesen sollen zur Hauptsache vom Staat kommen, und zugleich sollen über verschiedene Kanäle Mittel beschafft werden.
8. Nach dem Grundsatz der Verbindung von Einheitlichkeit und Vielseitigkeit wird ein vielseitiges Schulsystem praktiziert und werden Fachleute nach verschiedenem Standard ausgebildet. Bei der Entwicklung des Erziehungswesens wird ein Weg gegangen, der der jeweiligen Realität Chinas und seiner einzelnen Gebiete entspricht.

Der Vertreter des UN Children's Fund bezeichnete in seiner Rede die Konferenz als Teil der umfassenden Bemühungen, die Volkserziehung in dem bevölkerungsreichsten Land der Erde zu fördern. In Chinas Entwicklungsstrategie sei das Erziehungswesen von vorrangiger Bedeutung. Gegenwärtig gebe es in der Welt nahezu eine Milliarde Analphabeten; 75 Prozent von ihnen lebten in den neun bevölkerungsreichsten Entwicklungsländern (Bangladesch, Brasilien, China, Ägypten, Indien, Indonesien, Mexiko, Nigeria und Pakistan) und seien größtenteils Kinder, die keine Möglichkeit haben, eine Grundschulbildung zu erhalten. Es sei China hoch anzurechnen, daß es der Einführung der Elementarbildung so große Beachtung schenke; aber es gebe mindestens vier große Herausforderungen, auf die dringend zu achten sei, nämlich die Abschaffung der Unterschiede zwischen Jungen und Mädchen und der regionalen Unausgewogenheit, die Garantie lebenslangen Lernens und die Steigerung der Effektivität der Erziehung. Der Vertreter der UNESCO hob hervor, wie wichtig es sei, daß sich China an den Aktivitäten zur Entwicklung der Volksbildung beteilige; neun große Länder würden auf diesem Gebiet bereits zusammenarbeiten.

Die stellvertretenden Erziehungsminister Liu Bin und Wang Mingda berichteten auf der Konferenz zum Thema